

13. III. 1917

Dienstag, 13. März 1917

Zeitung

1704

id gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

 2:26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.
 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

Höhe 185.

blagen. — Erfolgreiche Vorkämpfe im Osten

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Von

Dr. Gustav Stolper-Wien.

Ueber ein Jahr haben die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn gedauert, deren Abschluß kürzlich gemeldet wurde. Ihr Ergebnis wird vorläufig geheim gehalten. Als Grund dafür wird angegeben, daß der Ausgleich die Grundlage für Vertragsverhandlungen mit dem Ausland bilde und daß man sich nicht in die Karten schauen lassen wolle. Indes kann das höchstens für einzelne Teile des Ausgleichs, insbesondere für den Zolltarif gelten. Der wahre Grund der vorläufigen Geheimhaltung liegt wohl in der gespannten Verfassung des ungarischen Reichstages. Der Ausgleich zwischen den beiden Reichshälften ist, wie schon sein Name besagt, immer ein Kompromiß, und es kann kein Kompromiß geben, an dem nicht jeder der Beteiligten mehr oder weniger auszusetzen hat. So hat auch sicherlich der jüngst abgeschlossene Ausgleich vom österreichischen und ungarischen Standpunkt seine bedenklichen Seiten, und vor allem die ungarische Regierung möchte es vermeiden, bereits jetzt sich deshalb scharfen Angriffen auszusetzen, die auf das Verhältnis zwischen beiden Reichshälften ungünstig zurückwirken könnten.

Aber auch in Oesterreich hat man die Erneuerung des Ausgleichs im Kriege nicht gern gesehen. Man hat hier allgemein gehofft, daß der Krieg dazu führen würde, das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn überhaupt auf eine neue Grundlage zu stellen. Die verschiedensten Kreise, an deren Beratungen maßgebende Minister des jetzigen Kabinetts teilnahmen, haben die Forderung der „Pragmatifizierung“ der Zollgemeinschaft aufgestellt: es sollte die Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn sowie die Wehrgemeinschaft und die Gemeinsamkeit der äußeren Politik zu einer dauernden erklärt und nicht mehr von Zeit zu Zeit vereinbart werden. Graf Stürgkh hat diesen Wunsch nahezu aller österreichischen Parteien sich nicht zu eigen gemacht, und hat im Sommer 1915 anlässlich der Anwesenheit einer ungarischen Huldigungsdeputation in Wien mit dem Grafen Tisza vereinbart, daß der Ausgleich möglichst unverändert und möglichst rasch erneuert werden sollte. Der Widerspruch, den diese Absicht in der österreichischen Öffentlichkeit trotz Pressensur und Parlamentslosigkeit hervorrief, hat Ende November 1915 zur Rekonstruktion des Kabinetts Stürgkh geführt: Dr. von Spitzmüller, Ritter von Loth und Prinz Hohenlohe traten ins Kabinett ein, das dadurch seinen Charakter wesentlich veränderte. Dr. v. Spitzmüller wurde als „Ausgleichsminister“ berufen. Ihm ist es vor allem zuzuschreiben, daß die österreichische Regierung wenigstens die Forderung der Langfristigkeit des Ausgleichs erhob und mit aller Hartnäckigkeit verfolgte. Die österreichische Regierung schlug eine 25jährige Geltungsdauer der Ausgleichsvereinbarungen vor. Das Ergebnis der Verhandlungen ist ein zwanzigjähriger Ausgleich. Zum ersten Male seit Bestehen der dualistischen Verfassung hat sich die ungarische Regierung zu einer längeren als einer zehnjährigen Ausgleichsdauer verstanden. Es ist nicht nur eine Folge des Weltkrieges, daß die sogenannte Langfristigkeit des Ausgleichs in Ungarn nicht auf besonderen Widerstand gestoßen ist. Schon in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch hat sich in der ungarischen Öffentlichkeit ein bedeutsamer Wandel der Gesinnung vollzogen. Der Gedanke der Zolltrennung hat in allen wirtschaftlichen Kreisen allen Boden verloren. Dadurch haben sich auch diese Ausgleichsverhandlungen von Anfang an von früheren unterschieden. Als Baron Beck 1907 an das Koalitionskabinett Bederle-Rossuth das Ansinnen stellte, einen zwanzigjährigen Ausgleich zu schließen, fragte er zugleich bei den österreichischen industriellen Körperschaften vertraulich an, ob die Industrie bereit wäre, eine ungarische Zwischenzolllinie dafür zuzugestehen. Von Zwischenzoll und Zolltrennung ist diesmal nicht einmal Augenblick mehr die Rede gewesen, was die Verhandlungen wesentlich vereinfachte. Heute gibt man auch in Ungarn zu, daß die Forderung der Zolltrennung nur eine taktische Waffe ist, um gewisse staatsrechtliche Wünsche durchzusetzen. Graf Tisza hat auf die Anwendung dieser Waffe verzichtet. Und noch ein zweites hat diese Verhandlungen von früheren unterschieden: 1917 war der Kampf um die gemeinsame Notenbank entbrannt. Seither

sehung geworden, um die eigentliche Schicksalsfrage der politischen-wirtschaftlichen Zukunft Oesterreich-Ungarns zu lösen: den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich.